

Rede vom 25. November 2004, Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005)

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir führen hier schon eine sehr gespenstische Debatte. Die Koalition hat in einer Haushaltsdebatte über einen Haushalt, der nicht knackt, sondern inzwischen quietscht, nichts anderes zu tun, als sich mit einer Oppositionspartei auseinander zu setzen, die ein Projekt vorlegt, das angreifbar ist und das auch nach Ansicht der FDP falsch ist. Aber die Opposition legt wenigstens ein konkretes Konzept vor. Was tun Sie? Sie legen nichts Konkretes vor.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wo ist eigentlich Frau Nahles?)

Was Sie vorlegen, ist ein Haushalt mit einer Verschuldung, die – das garantiere ich Ihnen und ich bin mir sicher, dass kein Haushälter eine Wette dagegen annimmt – nicht bei den jetzt veranschlagten 20 Milliarden Euro stehen bleiben, sondern eine Drei in der Zehnerziffer haben wird. Das sind Ihre konkreten Zukunftspläne im Bereich der sozialen Sicherheit!

(Zuruf von der FDP: Leider wahr!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eines ist bemerkenswert: Wir als Haushälter empfehlen den Fachpolitikern immer: Tretet mal auf die Bremse, versprecht nicht zu viel. Bei der Gelegenheit möchte ich ausdrücklich sagen, dass das Verhältnis unter den Haushältern kollegial und auch befruchtend ist. Wir hören in den Haushaltsberatungen von allen Fachgremien immer wieder: Das kriegen wir hin, das schaffen wir. Auch bei den Renten hieß es jetzt wieder: Das wird in 2005 alles noch so klappen. Kollegin Lehn, Kollegin Hajduk, Sie haben an dem Berichterstattergespräch teilgenommen.

Ein paar Wochen später sagen nun auf einmal alle: Hm, nein, es dürfte wohl schwierig werden, es klappt wohl doch nicht. Wie das mit einer vernünftigen und vorausschauenden Haushaltspolitik in Einklang zu bringen ist, müssten Sie mir einmal erklären.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sind auch nicht in der Lage, die – gemessen am Gesamthaushalt – kleinen Sozialsysteme mit einem gemeinsamen Ruck zu reformieren. Sie können sich ja einmal mit Ihren Kollegen in der Enquete-Kommission da-rüber austauschen. Ein Beispiel: Das Defizit der Künstlersozialkasse wird Stück für Stück höher. In diesem Jahr wird sogar vorzeitig ein Kredit gewährt, damit es in den nächsten Jahren noch Rückzahlungen gibt. Fast kann man sagen, dass es sich hier umgekehrt wie bei der Postpensionskasse verhält. Aber Sie bringen weder eine Reform zustande, die den Menschen deutlich macht, wo es lang geht, noch eine Reform – das wäre noch besser –, die den Menschen klar macht, dass es so nicht mehr weitergeht. Sie betreiben noch immer Ihr altes Spiel: Alles ist sicher, also nicht nur die Renten, wie Herr Blüm es einmal gesagt hat. Wir alle wissen aber – hier sind wir alle in der Pflicht –, dass die Bürger der Meinung sind, dass nichts, weder die Renten noch die Leistungen der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, sicher ist. Die Bürger fühlen sich ständig verunsichert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Nun komme ich auf unser Gesundheitssystem und insbesondere die Krankenkassen zu sprechen. Frau Ministerin, ich glaube, auch bei Ihnen beginnt ein Umdenkungsprozess, was den Umgang mit den **gesetzlichen Krankenkassen** angeht. Sie merken selber, dass die Krankenkassen in ihrem

Bereich geradezu herrschaftlich handeln, wie es ihnen nicht zusteht. Der FDP-Vorschlag ist klar: Wir müssen für mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen sorgen. Ich habe gemeinsam mit allen anderen Berichterstattern die große Hoffnung, dass der Bundesrechnungshof, der eine neue Kontrollkompetenz bekommen hat, genau darauf achtet, wo hier die eigentlichen Probleme liegen, und dass er verhindert, dass weiterhin das Prinzip bei den Krankenkassen gilt: Immer erst wenn man gar nicht mehr anders kann, gibt man zu, dass man eigentlich noch viel mehr Schulden hat. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin sehr glücklich, dass Sie mit der **Gesundheitsreform** das Krankenversicherungssystem für einen **steuerlichen Zuschuss** geöffnet haben. Es ist grundsätzlich in Ordnung, Steuermittel in das Gesundheitssystem fließen zu lassen. In diesem Zusammenhang kann ich den Vorrednern von SPD und Grünen nur sagen: Inwieweit die von Ihnen so genannten Besserverdienenden, also die Leistungsträger, Solidarität üben und Verantwortung wahrnehmen, sollte man nicht nur daran messen, wie viel in den sozialen Sicherungssystemen umverteilt wird. Die Frage einer solidarischen Gesellschaft entscheidet sich vor allem im Steuersystem. Dort sollte sich Solidarität deutlich zeigen.

(Zuruf von der SPD)

– Meinetwegen sowohl als auch! – Je mehr Sie das verwischen, desto weniger merkt jemand, der Geld bekommt, damit er seine Krankenversicherung zahlen kann, welche solidarische Aufgabe die Gesellschaft ihm gegenüber wahrnimmt.

Da ich sehe, dass meine Redezeit zu Ende ist und ich nicht von der Präsidentin ermahnt werden möchte, komme ich zum letzten Satz.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Rettung naht! Herr Kirschner möchte noch eine Zwischenfrage stellen!)

– Frau Präsidentin, Sie müssen entscheiden, ob Sie noch eine Zwischenfrage zulassen oder nicht. Ich würde sie zulassen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Okay. – Bitte, Herr Kirschner.

Klaus Kirschner (SPD):

Herr Kollege Fricke, Sie haben den Satz in die Welt hinausposaunt: Derjenige, der nichts in die Krankenversicherung einzahlt, sieht auch nicht, was es kostet. Ist Ihnen schon einmal aufgegangen, dass man als Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse – falls Sie das überhaupt schon einmal waren –

Otto Fricke (FDP):

Ich war es sehr lange.

Klaus Kirschner (SPD):

– Sie waren es also – Beiträge und eine Selbstbeteiligung zahlen muss? Das heißt, wenn jemand Leistungen in Anspruch nimmt, dann muss er auch dafür zahlen, und zwar von der Praxisgebühr über Zuzahlungen bis hin – das ist das Entscheidende – zum Beitragssatz. Wollen Sie das leugnen?

Otto Fricke (FDP):

Nein, ich will das überhaupt nicht leugnen.

(Klaus Kirschner [SPD]: Was erzählen Sie denn dann?)

– Herr Kollege, ich habe Ihnen eben zugehört, als Sie Ihre Frage gestellt haben. Jetzt sollten Sie sich in Geduld üben. Ich habe das als junger Mann ebenfalls lernen müssen. Ich gebe Ihnen nun meine Antwort und erkläre Ihnen das.

(Heiterkeit bei der FDP – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Normalerweise lernt der Junge vom Alten! – Fritz Schösser [SPD]: Der Sie so lange in der gesetzlichen Krankenversicherung waren!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Fricke, kommen Sie nun zur Antwort.

Otto Fricke (FDP):

Werter Herr Kollege, während meiner Referendarzeit war ich Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung.

(Klaus Kirschner [SPD]: Als Student?)

– Nein, nicht als Student, sondern als Referendar. – Damals habe ich 60 DM pro Monat für meine Krankenversicherung gezahlt. Dafür habe ich die gleichen Leistungen erhalten, für die andere weit mehr zahlen mussten.

(Klaus Kirschner [SPD]: Na sicher! Was ist daran falsch?)

– Das ist nicht falsch. – Ich habe damit nur von denjenigen profitiert, die Mitglied des Systems waren und weit höhere Beiträge gezahlt haben, nicht von denjenigen, die höhere Steuern gezahlt haben.

(Zuruf von der SPD: Und was machen Sie heute?)

Ich als Liberaler sage Ihnen ganz deutlich: Ich will, dass dieser soziale Ausgleich nicht im geschlossenen System derjenigen stattfindet, die in einer gesetzlichen Krankenkasse sind. Ich will vielmehr, dass alle über die Steuer an diesem System beteiligt sind, egal wie viel sie verdienen, egal wie sie ihr Geld verdienen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist doch logisch, Herr Kirschner!)

Das ist wahrscheinlich der Unterschied. Für mich findet **Solidarität** eben nicht nur innerhalb der Systeme statt.

Ein letztes Wort noch an die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Wenn Sie mit der Sozial- und Rentenpolitik so weitermachen, dann handeln Sie zwar nicht mit Zitronen, aber, wie man sieht, zumindest mit Orangen.

Danke sehr.

(Beifall bei der FDP – Erika Lotz [SPD]: Sie wären mal besser in der GKV geblieben! Das wäre dann solidarisch gewesen!)